

DKP-Informationen

Nr. 1/2010 - 27. Januar 2010

9. Parteivorstandstagung

**23./24. Januar 2010
Essen**

**Referat(e)
Beschlüsse**

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. Januar 2010, Essen

Inhalt

1. Tagesordnung

2. Die politischen Bedingungen, unter denen der Parteitag vorzubereiten ist

Referent: Heinz Stehr

3. Zu dem Vorschlag des Sekretariats für den 19. Parteitag, Thesen zu diskutieren

Einleitender Beitrag: Leo Mayer

4. Beschlüsse

- Für eine politische Resolution des 19. Parteitages
- „Zur Zukunft der UZ als Wochenzeitung“
Einleitender Beitrag: Genosse Wolfgang Teuber
- Finanzrahmenpläne 2010 und 19. Parteitag
- 8. März – Internationaler Frauentag
- 8. Mai – 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus
- Unterstützung der Anti-Nazi-Aktion in Dresden
- Unterstützung der Aktionen der Friedensbewegung
- Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen von Opel Antwerpen

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. Januar 2010, Essen

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Abstimmung über die Regularien
2. Die politischen Bedingungen, unter denen der Parteitag vorzubereiten ist
Referent: Heinz Stehr
3. Zu dem Vorschlag des Sekretariats für den 19. Parteitag, Thesen zu diskutieren
Einleitender Beitrag: Leo Mayer
4. Diskussion und Beschlussfassung dazu
5. Diskussion und Beschlussfassung zu folgenden Themen bzw. Vorlagen:
 - a) Antragsentwurf „Zur Zukunft der UZ als Wochenzeitung“
Antragsentwurf des Parteivorstandes an den Parteitag
 - b) Bericht zur vom 18. Parteitag beschlossenen betriebswirtschaftlichen Prüfung des CommPress Verlages
 - c) Finanzrahmenpläne: Etat 2010 und 19. Parteitag
 - d) Aufrufe:
 - 8. März – Internationaler Frauentag
 - Unterstützung der Aktionen der Friedensbewegung
 - 8. Mai – 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus
 - Unterstützung der Anti-Nazi-Aktion Dresden
6. Schlusswort

9. Tagung des Parteivorstands der DKP **23./24. Januar 2010, Essen**

Die politischen Bedingungen, unter denen der 19. Parteitag vorzubereiten ist

Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

Anfang 2010 signalisieren auch die Erklärungen zum neuen Jahr, dass wir uns auf eine Zeit politischer Veränderungen und Wendungen einstellen müssen. Kanzlerin Merkel hatte bereits in einem Interview in der „FAZ“ vom 14. 11. 2009 gesagt: „Das Land muss endlich die Dimension der Krise begreifen.“ In ihrer Neujahrsansprache verwies sie auf kommende schwierige Situationen für größere Teile der Bevölkerung. Einerseits wird versucht, die zweifellos kommenden Probleme zu signalisieren, andererseits soll vorgebeugt werden, um die tatsächlichen Krisenauswirkungen später als doch nicht so schlimm darstellen zu können. Während der Beratung zum Haushalt kündigte Merkel tiefe Einschnitte bis 2013 an, dann würde die Krise überwunden sein. Analyse und Argumente für die Behauptung wurden nicht benannt.

Dabei ist klar: Die Bundesregierung verfügt über Analysen zu Ursachen und Folgen dieser Krise. Vieles wird auch wegen der anstehenden Landtagswahl in NRW auf die Zeit danach verschoben. Die „Grausamkeiten“ kommen noch. Das Konzept ist Sozialabbau/Umbau.

Wir, die Mitglieder der DKP, sind auch zu Beginn des Jahres 2010 herausgefordert, so gut es uns möglich ist den Krisenverlauf zu analysieren und daraus Schlussfolgerungen für politische Konzepte und Handlungen abzuleiten. Mit dem Programm, den wahlpolitischen Forderungen zur EU-Parlamentswahl und zur Bundestagswahl sowie den Stellungnahmen des Sekretariats zum Krisenverlauf, zur Regierungsbildung und zum Klimagipfel von Kopenhagen haben wir argumentatives, überzeugendes Material erarbeitet.

Der Kapitalismus wird objektiv für immer größer werdende Teile der Bevölkerung untragbar, was nicht heißt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung dieses Gesellschaftssystem heute ablehnt. Die gegenwärtigen und die künftig zu erwartenden Lebensverhältnisse verlangen Widerstand und Kampf für Alternativen und Perspektiven. 2010 sollte das Jahr werden, in dem die EU zur weltweit stärksten ökonomisch Kraft gewachsen ist, „Lissabon“ ist gescheitert. Die Agenda 2010 war erfolgreich für das Großkapital; alle anderen Teile der Bevölkerung bezahlen einen hohen Preis dafür. Großspürige Versprechungen, egal ob von SPD/Grünen- oder CDU/CSU/FDP-Regierungen, für bessere Lebensverhältnisse zu sorgen, erweisen sich für die große Mehrheit der Bevölkerung als Lügen, das gilt auch für die nach dem Kriminellen Hartz benannten Gesetz und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch das Renteneintrittsalter von 67 Jahren.

Die Krisenauswirkungen des Kapitalismus haben die Welt verändert und verändern sie weiter. Noch sind längst nicht alle Folgen klar. Weltweit hat sich das Ausmaß an Hunger und Unterernährung verstärkt. Über eine Milliarde Menschen leiden jeden Tag Hunger. Das Programm des Millenniumsgipfels der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Hunger und Unterentwicklung ist gescheitert. Es wurde nie ernsthaft von den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern versucht, es umzusetzen. Die Folgen der Naturkatastrophe von Haiti sind auch bedingt durch die Tatsache, dass Haiti zu den ärmsten Ländern der Welt gehört. Statt umfassender, langfristig wirkender Hilfe für die Bevölkerung wird das Land durch US-Truppen besetzt. Wir fordern den sofortigen Abzug der US-Armee und ein Programm der UN zur Lösung der Probleme!

Das Ausmaß an Kriegen dieser Zeit birgt auch Gefahren für neue militärische Großkonflikte, die die Menschheit in ihrer Existenz gefährden könnte. In der Welt gibt es genügend Massenvernichtungswaffen, um die Welt zig Mal zu zerstören. Demokratische Rechte und Freiheiten sind weltweit gesehen auf dem Rückmarsch. Die Krisenauswirkungen fördern politische Modelle reaktionären Charakters, auch weil die Widersprüche sich entwickeln und gesellschaftliche Auseinandersetzungen neuen Ausmaßes die Folgen sind oder in anderen Teilen der Erde noch sein werden und sich die Herrschenden in Kapital und Kabinett darauf vorbereiten.

Die sozialen und politischen Verhältnisse zwingen immer mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen und als Migrantinnen und Migranten meist ohne jeglichen Status und ohne Rechte weit entfernt von der eigenen Heimat leben zu müssen. Nicht wenige bezahlen die Hoffnung auf ein besseres Leben mit dem Tod.

Die materiellen Werte, die in der Welt geschaffen werden, wären ausreichend, um Hunger, Unterernährung und damit auch die politischen Folgen weitgehend zu überwinden. Aber diese Weltordnung ist im Wesentlichen durch einerseits ungeheuren Reichtum für wenige und andererseits ausufernde Armut für die übergroße Mehrheit der Erdbevölkerung gekennzeichnet.

Die Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus spitzt die Widersprüche bis zur Unerträglichkeit zu. Die Studie „Deutsche Zustände“ führt u. a. zu dem Ergebnis: „Über 90 Prozent der Bürger rechnen mittlerweile aufgrund der Krise mit sozialem Abstieg. Fast Dreiviertel der Bundesbürger sehen nach der Studie Fehler im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Und sogar rund 90 Prozent der Bevölkerung geben Banken und Spekulanten die Schuld an der Krise.“

In der Bundesrepublik Deutschland sind insgesamt 13 Millionen Menschen – fast 30 Prozent aller Erwerbspersonen – entweder arbeitslos, Hartz-IV-Empfänger oder arbeiten unter prekären und menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen mit Niedrigstlöhnen, als Minijobber bzw. Leiharbeiter. Sie werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und weitgehend von der Teilhabe an Politik, Bildung und Kultur ausgegrenzt. Millionen Kinder sind von Armut betroffen. Offiziell sind fünf Millionen Menschen als Minijobber registriert. „Spiegel-online“ schreibt dazu (21. 10. 2008): „Die Kluft zwischen Arm und Reich reißt in Deutschland immer weiter auf. Einer neuen OECD-Studie zufolge haben sich Einkommensunterschiede und Armutsquote drastisch verschlimmert, schneller als in den meisten anderen Industrieländern der Welt.“ Und die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb am 30. 05. 2009: „Jeder große Konkurs, jede Massenentlassung wird die Stimmung im Land weiter drücken. Die Deutschen, die gerade erstaunlich viel konsumieren, werden ihr Geld bald wieder zusammenhalten. Die Pleiten in der Industrie und im Handel werden auch die Banken wieder in Nöte bringen.“ Und dann weiter: „Stürzte die US-Währung ab, würde dies Europas Wirtschaft empfindlich treffen. Exporte würden teurer und die Wirtschaft weiter schrumpfen. Auch in vielen Schwellenländern droht ein Crash der Währung, in einzelnen Fällen auch ein Staatsbankrott. ... Die Krise in den Schwellenländern wiederum hat Rückwirkungen auf die Industrienationen, weil sie die Börsen verunsichert und den Exporteuren das Geschäft verhagelt.“ Der Beitrag kommt zur Schlussfolgerung: „Es gibt also sehr viele Gründe, warum es nicht sobald aufwärts gehen wird. Wer jetzt meint, das Schlimmste sei überstanden, redet sich die Lage schön. Statt dessen kommt das Schlimmste noch. Die Krise hat gerade erst begonnen. Allerdings gibt es tatsächlich einen Aufwärtstrend für die Profiteure des Finanzkapitals. Das Kasino läuft erneut bereits auf Volltours.“

Der Krisenverlauf verlangt Veränderungen durch Entscheidungen und Aktionen in allen Sphären, ob im globalen, regionalen, staatlichen, örtlichen oder betrieblichen Rahmen. Ein „Weiter so“ kann und darf es nicht geben. Wir als Teil der weltweit agierenden linken Kräfte, Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten müssen unseren Beitrag leisten, um zunächst Gefahren, aber auch neue Chancen erkennbarer zu machen. Wir müssen unsere Anstrengungen vervielfachen, überzeugende, massenwirksame Analysen mit politischen Schlussfolgerungen, Handlungsvorschlägen und Zukunftsvorschlägen zu verbinden. Dabei verfügen wir über „erprobtes“ Handwerkszeug, den wissenschaftlichen Sozialismus. Wenn wir die theoretischen Erkenntnisse kreativ und konstruktiv entsprechend den heutigen Herausforderungen anwenden, sind wir in der Lage, Analysen, Alternativen und Perspektiven zu benennen; das zu konkretisieren, ist eine Aufgabe der Vorbereitung zum 19. Parteitag.

Die Verhältnisse in der Welt sind in Bewegung. Diese Bewegungen und Veränderungen werden an Dynamik zunehmen. Die entscheidende Frage in dieser Zeit ist, in welche Richtung. Die Richtungsentscheidung hängt vom jeweiligen Kräfteverhältnis ab und von der Bereitschaft, eigenverantwortlich und kollektiv für richtig erkannte politische Forderungen einzusetzen. Zurzeit ist die größte Gefahr, dass es zu reaktionären Entwicklungen kommt. In der „Capital“ 01 vom 17. 12. 2009 zeigen sich die entscheidenden Teile des Großkapitals nach einer Befragung unzufrieden mit dem politischen Personal. Bestnoten erhielten Schäuble und Guttenberg. Auch das ist ein Fingerzeig, in welche Richtung das Kapital sich eine weitere Veränderung der Verhältnisse wünscht. Die Herrschenden unternehmen alles, um ihre Macht auch unter den Bedingungen weitreichender Auswirkungen neuer Krisenerscheinungen und in deren Folge neuer Aktivitäten und Aktionen zu sichern. Dies zu verändern, neue Chancen und Möglichkeiten zu einer progressiven politischen Entwicklung zu ermöglichen, das ist die Kernaufgabe 2010 und der nächsten Jahre. Dabei gehen wir, die Mitglieder der DKP, von dem 2006

erarbeiteten Programm aus. Es hat sich in der Praxis bewährt und als richtig erwiesen. Auch deswegen ist es die Grundlage für die Erarbeitung der nächsten Aufgaben in der nächsten Zeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit den Bundestagswahlen und einigen Landtagswahlen hat sich das innenpolitische Verhältnis weiter zu Gunsten der Kräfte des neoliberalen Kapitals verändert. Noch rigoroser als in den letzten Jahren wird die Politik der Umverteilung, der Krise, des Demokratie- und Sozialabbaus vorangetrieben. Ohne Rücksicht auf den übergroßen Teil der Bevölkerung wird das politische Diktat der entscheidenden Teile des Großkapitals mehr und mehr durchgesetzt. Die Blaupausen für Koalitions-, Regierungs- und Parteiprogramme von CDU/CSU/FDP wurden bereits von den Interessensvertretern des Großkapitals geliefert. Der FDP-Spendenskandal, die Aufdeckung weiterer Schmiergeldzahlungen der Rüstungsmafia an die CSU zeigen, wie wahr die These von der gekauften Republik ist. BDI-Chef Keitel sagt in einer Grundsatzrede auf dem Politischen Forum Ruhr am 18.01. bezüglich der Konsolidierung der Staatsfinanzen: „Das wird schmerzliche Einschnitte bedeuten. Ob wir wollen oder nicht; Wir werden eine öffentliche Verteilungs- und Gerechtigkeitsdebatte zu führen haben, denn die Konsolidierung wird heilige Kühe zur Schlachtbank führen müssen, und zwar selbst dann, wenn die Politik der Versuchung erliegen sollte, das Problem nicht über die Kürzung der Ausgaben, sondern die Erhöhung der Einnahmen lösen zu wollen.“

Die reale Lage der Finanzen in den Kommunen, Kreisen, Bundesländern und im Bund führte bereits zu Streichorgien besonders in sozialen und kulturellen Bereichen. Kommunen sind reihenweise pleite und nicht mehr in der Lage, die Aufgaben zu lösen. Die kommunalpolitische Beratung am 27. Februar wird sicher konkrete Analysen zur Lage und Schlussfolgerungen daraus für Forderungen der DKP entwickeln bzw. erneut vorlegen.

Das einzige Hemmnis, das zurzeit noch wirkt, ist die ungeklärte Frage für das Großkapital, ob eine zu harte, schnelle Gangart nicht Widerstand neuer Qualität und Quantität erzeugen wird. Daher orientieren einige Vertreter des Großkapitals und ihrer Regierungsparteien auf den schrittweise mittelfristig gestreckten Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie wollen die schon jetzt gravierende Entwicklung des Verlustes der Bindekraft von Menschen an das parlamentarische System und seine Parteien begrenzen. Sie fürchten auch das Votum der Landtagswahlen in NRW. Ihr Ziel ist es, das Prinzip Hoffnung weiterhin in der Bevölkerung zu verankern, sozialpartnerschaftliche Illusionen zu streuen und sie behaupten, es gäbe keine Alternativen zu ihrer Politik. Ob und wie weit sich dieses Konzept durchsetzt, wird nicht zuletzt vom weiteren Verlauf der Krise und ihren Auswirkungen sowie den handelnden Akteuren in dieser Krise abhängen. Die Weichenstellungen, die durch das schwarz-gelbe Politikkonzept vollzogen werden, sind in jedem Falle darauf ausgerichtet, das Kapital ökonomisch und politisch zu stärken, die Krisenfolgen auf die Bevölkerung abzuwälzen. Die Macht des Kapitals und die dazu gehörende Regierungspolitik ist eine reale Gefahr, bedeuten konkret weiteren Demokratieabbau und für immer größer werdende Teile der Bevölkerung den weiteren sozialen Abstieg.

Aus diesen Zuspitzungen erwächst nicht nur Widerspruch, sondern es entstehen auch Ansatzpunkte für antikapitalistische Positionen, die sich in außerparlamentarischen Bewegungen ausdrücken und mit dazu beitragen können, eine neue Quantität und Qualität dieser Bewegung zu erreichen. Das Ziel der DKP muss es sein, einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten zur Veränderung des Kräfteverhältnisses, zur Formierung außerparlamentarischer Bewegungen, für gesellschaftliche Allianzen, um letztendlich den Druck so zu erhöhen, dass ein Politikwechsel zunächst möglich wird. Das zentrale Kampffeld der DKP ist die nationale Ebene, gleichzeitig unterstützen wir grenzüberschreitende Koordination. Wir gehen davon aus, dass Kämpfe nicht nur im regionalen oder nationalen Rahmen möglich sind. Dem Ziel Politikwechsel müssen unsere politischen Aktivitäten und Vorstellungen entsprechend. Dies gilt nicht nur im Rahmen der BRD, auch in der EU, aber auch weltweit. Die unterschiedlichen Ebenen des Kampfes ergänzen sich heute bereits sehr oft und können sich gegenseitig befruchten. Es entstehen auch neue Chancen zunächst für die Debatte um gesellschaftliche Alternativen und Perspektiven.

Dazu gibt es in unserem Parteiprogramm sehr viele Anregungen. Anregend sind aber auch sehr viele andere Beiträge, so z. B. der Beitrag des ägyptischen Ökonomen Samir Amin am 16. Dezember 2009 in „Neues Deutschland“ unter der Überschrift „Marx hatte keine Blaupause für den Sozialismus“. Er schreibt unter anderem dort: „Auch die Entwicklung des Kapitalismus hat sich über Jahrhunderte in vielen Wellen vollzogen. ... Ich denke, mit dem Sozialismus wird es genauso sein. Das, was wir im 20. Jahrhundert gesehen haben, war die erste sozialistische Welle. Das, was wir jetzt in Lateinamerika sehen, ist der Beginn der zweiten. Wir müssen darauf bauen, dass die zweite Welle nicht die Fehler der ersten wiederholt, den Mangel an Demokratie, ein Übermaß an Bürokratie, das die Entschei-

dungsfreiheiten einschränkte etc. Das Erwachen des Südens muss jetzt in ein zweites höheres Stadium eintreten. Eine der Voraussetzungen, dass der lange Weg zum Weltsozialismus mit Erfolg gekrönt wird, ist die kreative Erneuerung des marxistischen Denkens. Um es abschließend mit Antonio Gramsci zu sagen: Ich bin Pessimist aufgrund der Einsicht, aber Optimist aufgrund des Willens.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir stehen vor der Aufgabe, entsprechend den neuen Herausforderungen gesellschaftliche Allianzen zu entwickeln und dabei den Klassenkampf als zentrales Feld zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zu begreifen. Auch die Geschichte des Parlamentarismus zeigt in der Praxis, dass politische Veränderungen unbedingt außerparlamentarischen Druck und Bewegung benötigen. Auch wenn sich das Kräfteverhältnis in den Parlamenten veränderte, so war dies immer nur dann möglich, wenn parallel in Kooperation dazu außerparlamentarische Kräfte in neuer Qualität wirkten und progressive Forderungen durchsetzungsfähig wurden. Diese Feststellung ist kein Antiparlamentarismus. Sie definiert das politische Verhältnis von Parlamentarismus zu außerparlamentarischer Bewegung. Und aus dieser Erkenntnis leitet sich die unbedingte Orientierung auf außerparlamentarische Bewegungen und Aktionen ab.

Diese Erkenntnis ist auch gesichert durch die Erfahrungen parlamentarischer Tätigkeit von Kommunistinnen und Kommunisten weltweit. Ohne die wirkungsvolle Unterstützung der Massen, ohne bewusstmäßige Entwicklung gibt es letztendlich keine Voraussetzungen zu progressiven politischen Veränderungen, letztendlich auch zur Durchsetzung revolutionärer Entwicklungen, um eine sozialistische Gesellschaftsordnung möglich zu machen. Auch die aktuellen politischen Entwicklungen in den USA zeigen, wie notwendig gerade jetzt außerparlamentarischer Druck auf die Obama-Regierung wäre, um die Versprechungen des Wahlkampfes in reale politische Entscheidungen durchzusetzen.

Von dieser Erkenntnis allerdings ist die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der BRD weit entfernt. Von der Mehrheit der Bevölkerung wird die parlamentarische Ebene, werden die Parteien und Institutionen als einzig legitimierte selbstständige Macht gesehen, die für politische Entscheidungen verantwortlich ist und deren Entscheidungen so oder so dann auch die gesellschaftliche Realität prägen. Diese Feststellung gilt trotz der Tatsache, dass die Wahlbeteiligung sinkt und die Meinung wächst, dass „Politik“ nichts ändern kann und zunehmend mehr Menschen sich nicht mehr politisch vertreten fühlen. Das heißt, auch wir tragen als Teil der linken Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland eine große Verantwortung, dass alle gesellschaftlichen Kräfte, so auch in einigen Parteien und Bewegungen, sich entsprechend den neuen Herausforderungen verändern müssen. Diese Veränderung betrifft vor allem die Fähigkeit zur realen Analyse, zu politischen Schlussfolgerungen daraus, zu neuen Handlungsebenen und auch zu neuen Kampfformen und konkreten Kampagnen.

Diese Feststellung gilt insbesondere für die Arbeiterbewegung und für den weitaus stärksten Teil davon, die organisierte Gewerkschaftsbewegung. Bei allem, was man zu Recht im Einzelnen vor allem an der politische Verfasstheit der Gewerkschaftsbewegung heute kritisieren kann und muss, kann das doch nicht dazu führen, eine Grunderkenntnis abzulösen: Ohne die organisierte Arbeiterbewegung wird es nicht gelingen, die Rechtsentwicklung zu stoppen, geschweige denn reale Voraussetzungen zu schaffen, um einen Politikwechsel durchzusetzen oder gar gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen.

Dieses Problem kann nicht verschoben werden. Ansätze zur Tätigkeit, um dieses Ziel zu erreichen, das Bewusstsein und den Handlungsrahmen der Arbeiterklasse zu verändern, erfordert schon heute eine Schwerpunktorientierung auf den Kern der Arbeiterklasse in großen Betrieben und Verwaltungen. Dazu haben wir mit den jetzt stattfindenden Betriebsratswahlen zusätzliche Chancen, denn in den Gewerkschaften beginnen, wenn auch zaghaf, doch politische Debatten.

Das Interview des IG Metall-Vorsitzenden Huber vom 26. April 2009 unter der Überschrift „Wir wollen soziale Unruhen verhindern“ blieb nicht unwidersprochen. Die Antwort der IG Metall-Jugend darauf während des Frankfurter Treffens war eindeutig antikapitalistisch.

Und auch in der jetzt weitergeführten Grundsatzdiskussion von ver.di stoßen Meinungsverschiedenheiten hart aufeinander.

Letztendlich geht es darum, die Gewerkschaften politikfähig zu gestalten. Gewerkschaften sind gesellschaftliche Großorganisationen, die auf sozialen, kulturellen und auch auf politische Interessenvertretung orientieren müssen, wenn sie den Einfluss wahren und ausbauen wollen, eine Reduktion gewerkschaftlicher Tätigkeit auf Interessenvertretung im konkreten Arbeitsleben und bei Lohnforderun-

gen ist verhängnisvoll. Die Entwicklung von Lohnforderungen in der IG Metall und von ver.di im öffentlichen Dienst zeigt auch gesellschaftspolitisches Konfliktpotenzial. Die IG Metall-Führung will die Fortsetzung der Sozialpartnerschaft in der Krise auch durch lohnpolitische Zugeständnisse erkaufen, während ver.di für den öffentlichen Dienst eine Kaufkraftsteigerung für Beschäftigte durchsetzen will. Belegschaftsanteile werden für politisches Stillhalten vom Kapital, aber auch von der SPD, CDU/CSU und FDP angeboten. Dass dies ein alter Trick im neuen Gewande ist, sollte allen Gewerkschaftern klar sein. Ohne Klassenkampf jetzt auch von unten wird sich nichts bewegen, diese Erkenntnis wird die Arbeiterklasse sich unter den Bedingungen der Krisenauswirkungen erneut erarbeiten müssen, dazu gibt es keine Alternative. Die daraus resultierenden Erkenntnisse wären die Voraussetzung, um irgendwann auch notwendige politische Streiks führen zu können. Dass die Stimmungslage in den Gewerkschaften sich ändert, zeigt unter anderem auch das Beispiel, dass Klaus Franz, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Adam Opel GmbH, an die DKP einen Brief schrieb und sich für die Solidarität bedankte.

Im Mai findet in Berlin der DGB-Kongress statt. Jetzt beginnen die regionalen Konferenzen dazu. Die bundesweiten Konferenzen der Frauen und der Gewerkschaftsjugend findet demnächst statt. Diese Konferenzen waren und sind eine Chance zur politischen Debatte über die Inhalte und Ziele von Gewerkschaftspolitik heute.

Alle politische Tätigkeit, gerade auch von uns Marxistinnen und Marxisten, muss immer den Bezugspunkt Arbeiterklasse mitdenken und entsprechend handeln. Das setzt sich auch in sehr praktischer Tätigkeit um. Wenn z. B. die Frage steht: Wo werden Flugblätter verteilt! Wann und wo gründen wir marxistische Bildungseinrichtungen mit dem Ziel, Einfluss vor allen Dingen unter aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu gewinnen! Heute wachsen in bescheidenem Rahmen auch neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit z. B. Teilen der AfA oder des KAB. Als aktive Gewerkschafter unterstützen wir die jetzt stattfindenden Betriebsratswahlen auch durch die Aufstellung einer betrieblichen Liste der zuständigen Gewerkschaft. Auch hier gilt die Festlegung des DKP-Programms von 2006. Deren Zustandekommen ist in manchen Betrieben eine harte Arbeit, manchmal über viele Jahre, die Aufspaltung der Belegschaft durch verschiedene auch gewerkschaftliche Listen verhindert eher die Politisierung von Kolleginnen und Kollegen und führt zu einer Konfrontation, die letztendlich die Kampfkraft der Belegschaft schwächt. Es ist kein probates Mittel, Bewusstsein zu beschleunigen durch Konfrontation von Belegschaftsteilen gegeneinander. Bewusstsein zu entwickeln fordert manchmal auch viel Zeit zu investieren, Geduld aufzubringen und vor allem auch andere Kolleginnen und Kollegen mit ihren Ansichten ernst zu nehmen!

Die Entwicklung von Widersprüchen, das Bewusstsein in seiner Entwicklung, die Entwicklung von Kampfformen werden nicht schematisch ablaufen, so dass irgendwann irgendwo das gewünschte Ergebnis eine neue Qualität gesellschaftlicher Auseinandersetzung sich durchsetzt. All diese Entwicklungen verlaufen äußert widersprüchlich. Es gibt gegenläufige Tendenzen, Niederlagen und Siege sind vorprogrammiert. Es gibt jedoch keine Alternative, sich diesen Anforderungen zu stellen. Einen Beitrag zu leisten in einem langen Prozess, die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung zu einem politischen Subjekt zu formieren, das im Rahmen gesellschaftlicher Allianzen die Hauptverantwortung zur Durchsetzung politischer Inhalte zu mehr sozialen Rechten und Leistungen, zu Friedenspolitik, zu mehr Demokratie, zu internationaler Solidarität und zu Antifaschismus durchsetzt. Wir und andere linke Kräfte müssen lernen, dass es tatsächlich keine Alternative zur Entwicklung von Aktionseinheits- und Bündnispolitik gibt, wenn wir die aktuellen Bedingungen nachhaltig verändern wollen. Es geht kein Weg daran vorbei, die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen.

Aktionseinheits- und Bündnispolitik heißt auch, christlich orientierte, sozialdemokratisch denkende, linksreformistische, auf spezielle Inhalte orientierte Teile der Bewegung wie Ökologie, Friedens-, Antifa-, und in anderen sozialen Bewegungen Verankerte zusammenzuführen, um auf dieser Grundlage gemeinsame Forderungen in einem gemeinsamen Kampf durchzusetzen. Jede und jeder von uns, die oder der betriebliche, gesellschaftliche Tätigkeit kennt oder in Bündnissen und Bewegungen tätig ist, kann aus praktischen Erfahrungen viele Beispiele für diese Erkenntnis benennen. Wir sollten weiter daran arbeiten, Vorbehalte, Aus- und Abgrenzungen zu überwinden, aber auch Tendenzen zur Selbstisolation beenden.

Diese Herausforderung verlangt große Anstrengungen. Dabei müssen wir uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass die bürgerliche Gesellschaft genau das Gegenprinzip proklamiert und auch weitgehend im Denken und Handeln massenwirksam durchgesetzt hat. Sie proklamieren Individualismus, Ellenbogenmentalität statt Solidarität, Anpassung statt notwendigen Widerspruch. Eine ver-

heerende Wirkung hat bisher der Antikommunismus. Die geballte Medienmacht befördert einseitig die Sicht der ökonomisch und politisch Mächtigen. Die kapital- und regierungsnahen Institutionen, nicht zuletzt die Kirchen, versuchen zu verhindern, dass eine Mehrheit der Menschen die Erkenntnis gewinnt, dass sie mit anderen gemeinsame Interessen haben und damit die Kraft und Voraussetzungen entwickeln können zur Durchsetzung ihrer Ziele.

Heute wird die Gesellschaft zusätzlich gespalten in Deutsche, Nicht-Deutsche, Alte und Junge, Leistungsträger und so genannte Leistungsverweigerer. Wenn wir, wie im Parteiprogramm der DKP ausformuliert, in einem langen Arbeits- und Kampfprozess antimonopolistische Forderungen durchsetzen wollen, antikapitalistische Positionen mehrheitsfähig und durchsetzungsfähig gestalten wollen, dann sollten wir wissen, dass es hierfür keinen einfachen geradlinigen Weg gibt. Aktionseinheits- und Bündnispolitik, die Schaffung von gesellschaftlichen Allianzen, verlangt eine kreative politische Anwendung der Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus unsererseits, die Fähigkeit des Zuhörens und des Auseinandersetzens mit anderen Positionen, aber auch die Fähigkeit, von anderen zu lernen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Erneuern und Bewahren bleibt eine Herausforderung für die DKP. Beides muss entwickelt werden unter den konkreten Bedingungen der nächsten Zeit. Im Programm der DKP, in den Wahlpolitischen Eckpunkten zur Bundestagswahl, in den Forderungen zu den EU-Parlamentswahlen, in der Stellungnahme des Sekretariats zu den Ergebnissen des so genannten Klimagipfels von Kopenhagen, in der Erklärung des Sekretariats zum Koalitionsvertrag dieser Bundesregierung und in anderen Dokumenten haben wir eine Vielzahl konkreter Forderungen zur Abwehr, zur Durchsetzung eines Politikwechsels und für Alternativen und Perspektiven entwickelt. Diese Standpunkte und das politische Agieren in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen weisen uns nachdrücklich als kommunistische Kraft aus, die ständig daran arbeitet, die politische Wirksamkeit zu erhöhen und dies nie aus den Augen verliert. Zum Profil der DKP gehört, sowohl eigene Positionen und eigene Aktivitäten weiter zu entwickeln, dies aber niemals zu verstehen als Abgrenzung gegenüber anderen linken Positionen und Ausgrenzung dieser Positionen.

Würden wir auf eines dieser Elemente verzichten, würden wir entweder den Charakter der Partei nachhaltig negativ verändern oder ihre Wirkungsmöglichkeit eingrenzen. Ja, es wäre sogar die Gefahr für eine zeitweilige Entwicklung zur Bedeutungslosigkeit. Mit dem 19. Parteitag benötigen wir mutige, klug überlegte konstruktive Entscheidungen, die Voraussetzungen schaffen, die DKP und ihre Zeitung, die UZ, zu stabilisieren und zu stärken. Entscheidend für die Wirksamkeit der Politik und Organisation DKP ist die Fähigkeit der Mitglieder und Institutionen, politische Verhältnisse zu analysieren, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen und entsprechend dann auch in Aktionen und Aktivitäten umzusetzen und zu handeln. Die DKP wirkt auch durch ihren „Gebrauchswert“ für betroffene Menschen, für Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Gewerkschaften. Das zu erreichen, ist ebenfalls die Aufgabe, mit Beschlüssen zum 19. Parteitag dieser Anforderung konkret gerecht zu werden. Die DKP kann neuen Einfluss gewinnen durch kluge politische Inhalte, überzeugende Losungen und konsequentes Handeln. Ausgehend von der allgemeinen Einschätzung zu Beginn des Referats müssen sich die Handlungsebenen auf folgende Politikfelder konzentrieren:

- Antikriegspolitik. Wir bleiben bei unserem Standpunkt. Der Kampf um Frieden, wenn er zu erfolgreichen Ergebnissen gebracht wird, ist die Voraussetzung, um gesellschaftliche Veränderungen überhaupt durchsetzen zu können. Zwei Drittel der Bevölkerung lehnen den Afghanistaninsatz der Bundeswehr ab. Dieser Mehrheit hat sich jetzt auch die EKD-Vorsitzende Käßmann angeschlossen. Sofort wurde sie Opfer wüster Beschimpfungen von Politik und Medien, obwohl sie die Mehrheitsmeinung vertritt. Auf die Frage: Soll die Bundeswehr weiter in Afghanistan bleiben, haben im Dezember 2009 insgesamt 69 Prozent der Bevölkerung mit Nein geantwortet. Selbst bei den Anhängern der CDU waren es 61 Prozent, bei den Anhängern der FDP 64 Prozent, bei den SPD-Anhängern 74 Prozent und bei den Anhängern der Partei DIE LINKE 88 Prozent. (Quelle: tagesschau.de) Die USA haben bereits über eine Billion Dollar in Afghanistan und im Irak ausgegeben. Geld, das für die unbedingt nötige Gesundheitsreform und andere soziale Bereiche fehlt. Auch die Abstimmungsergebnisse zur Frage der Beteiligung am Afghanistankrieg erbrachte eindeutige Ablehnung des Krieges. Bei der Abstimmungsaktion der Friedensbewegung votierten allein bei einer Aktion einer Berliner Gruppe 75 von 79 Teilnehmerinnen und Teilnehmern für den Abzug der Bundeswehr. Wir unterstützen die Großdemonstration am 6. Februar in München gegen die sogenannte Sicher-

heitskonferenz. Wir unterstützen die Aktionen der Friedensbewegung anlässlich der Afghanistan-Konferenz und der Abstimmung im Bundestag voraussichtlich am 26. Februar, eine Verlängerung des Bundeswehreinsetzes zu beschließen, vielfältige Alternativen vor Betrieben, Verwaltungen und vor Ort durchführen. Wir unterstützen die zentrale Aktion der Friedensbewegung voraussichtlich am 20. Februar in Berlin.

- Der Kampf um soziale Rechte und Leistungen. Aktuell und vermutlich für längere Zeit werden Abwehrkämpfe die Auseinandersetzung prägen. Sie werden aber auch verbunden werden mit Kämpfen für Alternativen. Im Programm der DKP sind Aussagen zu Alternativen und Perspektiven zum neoliberalen Kapitalismus enthalten. Wir werden jetzt die anstehenden Tarifverhandlungen unterstützen. Sie sollten auch genutzt werden, um den 1. Mai vorzubereiten, der dem Anspruch, internationaler Kampftag der Arbeiterklasse zu sein, näher kommen sollte als in den letzten Jahren; dazu wird es erneut eine UZ-Extra geben. Zum 8. März sollte es ebenfalls mehr Aktivitäten der DKP geben; ein Aufruf liegt heute vor. Am 20. März sind Aktionen sozialer Bewegungen in Stuttgart und Essen geplant. Sie formulieren die Forderungen der Bewegung „Wir zahlen nicht für Eure Krise“. Ein Aufruf zur Essener Demonstration liegt seit gestern als Entwurf vor.
- Gegen Demokratieabbau, für die Entwicklung demokratischer Rechte auch durch mehr Freiheitsrechte. Dazu gehört der Kampf gegen reaktionäre Veränderungen, gegen faschistische und reaktionäre Politikkonzepte. Aktuell wächst die Gefahr, dass große Teile der Bevölkerung autoritäre Politikkonzepte mittragen. Wir müssen die politische „Deutungshoheit“ über solche Begrifflichkeiten wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit zurück erobern. In diesen Tagen wird versucht, das neue System „Elena“ zur Totalerfassung aller Beschäftigten durchzusetzen. Am 12. 11. wurde über ein Bürgerkriegsmanöver in Schwarzenbach am Wald berichtet. Dabei wurde der Umgang mit demonstrierenden Friedensaktivisten sowie die Verteidigung einer inländischen Radarstation gegen schwer bewaffnete Terroristen trainiert. An der Übung beteiligten sich neben Soldaten und Reservisten des Landeskommandos Bayern auch zivile Rettungs- und Sanitätsdienste. Das Manöver, das bereits im Oktober stattfand, widerlegt die von Berlin vorgebrachte Behauptung, die zivilmilitärische Zusammenarbeit im Inland diene nur der Hilfeleistung bei besonders schweren Unglücksfällen und Naturkatastrophen. (newsletter@german-foreign-polici.com). Wir erneuern unsere Forderung zum Verbot und zur Auflösung der NPD durch Argumente und Aktionen, so auch am 13. Februar in Dresden gegen den Aufmarsch europaweiter Naziaktivisten. Der 8. Mai, der 65. Jahrestag der Befreiung, wird jetzt vorbereitet; ein Aufruf dazu liegt dieser Parteivorstandstagung vor.
- Internationalismus und Solidarität. Die Alternative zur neoliberalen Weltordnung verlangt neue Konzeptionen. Das praktische Handeln erfordert, wie wir es auf dem 18. Parteitag beschlossen haben: Netzwerke, eine andere Qualität der Zusammenarbeit linker progressiver Kräfte und der kommunistischen Bewegung wie der Arbeiterbewegung überhaupt. Die Erkenntnis, dass politische Entwicklung kaum in einem einzelnen Land alleine durchgesetzt oder gestaltet werden kann, sollte Verpflichtung sein zu einer anderen Qualität und Quantität internationaler Zusammenarbeit. Gerade am Beispiel des gescheiterten Weltklimagipfels in Kopenhagen werden die Herausforderungen deutlich. Das Problem heißt nicht CO₂, sondern Kapitalismus – und die Probleme sind weder örtlich noch regional oder national zu begrenzen.
- Für die DKP selbst ist unter anderem die Qualifizierung der ideologischen Tätigkeit wesentlich. Gerade von der Umsetzung dieser Zielstellung hängt die Wirksamkeit, aber auch die Werbewirkung der Partei und der UZ maßgeblich ab. Die wissenschaftliche Weltanschauung, aber auch die Fähigkeit und Entwicklung von Zukunftskonzepten ist eine der Möglichkeiten, Interesse für die DKP zu entwickeln. Die politisch-ideologische Tätigkeit muss im Leben der DKP eine andere Wertigkeit erhalten. Zur Ausstrahlung müssen die Mitglieder der DKP auf das Niveau des Parteiprogramms konkret vor Ort, in Betrieben und Verwaltungen agieren können. Entsprechend dem Programm und den Beschlüssen von Parteivorstandstagen sowie Parteitagungen sollten jetzt Themen zur Bildungsarbeit für die DKP entwickelt werden. Sie sollten von der marxistischen Theorie ausgehen und sich mit den konkreten Herausforderungen heute beschäftigen. Eine neue Qualität in der marxistischen Bildungsarbeit ist zwingend notwendig für die Perspektive der politischen Wirksamkeit, aber auch für die Sicherung der Existenz und für die Entwicklung neuer Ausstrahlung gerade auf junge Menschen durch die DKP.

- In der DKP haben wir es anhaltend mit einem Widerspruch zwischen politischem Anspruch und realen Möglichkeiten zu tun. Gemeinsam müssen wir es lernen, noch exakter die konkreten Aufgaben zu bestimmen, noch mehr daran zu arbeiten, Mechanismen und Arbeitsweisen zu entwickeln, die unsere bescheidenen Kräfte wirkungsvoller werden lassen können. Die jetzt stattfindenden Parteikonferenzen sollten entsprechend diesen Herausforderungen vorbereitet und durchgeführt werden. Unsere Jahreshauptversammlungen, Kreis- und Bezirkskonferenzen müssen in diesem Sinne ergebnisorientiert arbeiten. Alle DKP-Gliederungen sollten die Debatte organisieren, die zum Ziel haben, unsere organisationspolitische Tätigkeit zu qualifizieren, vor allem auch um mehr Attraktivität gegenüber jüngeren Menschen zu entwickeln. Wir benötigen ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit. Zu dieser Öffentlichkeitsarbeit gehört die UZ, gehören Flugblätter und Veröffentlichungen sowie die notwendige Präsenz der DKP im Netz. Zu dieser Parteivorstandstagung haben wir euch eine Bilanz von kommunisten.de vorgelegt. Selten in der Geschichte der DKP vor allem in den letzten 20 Jahren gab es eine Initiative, die so rasch und überzeugend Erfolge gebracht hat. Der Parteivorstand sollte sich bei den Machern von kommunisten.de / kommunisten.eu bedanken. In Vorbereitung des 19. Parteitages werden wir prüfen, ob die Ergebnisse der UZ-Zukunftswerkstatt wichtige Grundlagen für die Perspektive der UZ erarbeitet hat. Dazu liegt euch zu dieser Parteivorstandstagung ein Entwurf eines Antrages an den 19. Parteitag vor. Wir freuen uns auf das nächste Kulturforum am 25. bis 27. Juni in Nürnberg! Aus allen Bezirken sollten nach dem Delegationsprinzip Genossinnen und Genossen teilnehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

was sollen abrechenbare Ziele, ausgehend vom 19. Parteitag bis zum 20. Parteitag, der vermutlich 2012 stattfinden wird, sein? Ausgehend von der Jetzt-Situation Anfang 2010 lassen sich wenig gesicherte Prognosen für die tatsächliche politische Lage 2012 erarbeiten. Aber es gibt die Möglichkeit, Tendenzen und Entwicklungen zu diskutieren und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Und es muss vor allem eine offene, konstruktive Atmosphäre in der Partei, aber auch in der Linken herrschen, um auf neue Herausforderungen dann entsprechend auch politisch reagieren zu können.

In der DKP wurde öfter darüber diskutiert, dass jähe Wendungen im Kapitalismus möglich wären. Das gilt sicherlich in besonderem Maße auch für die jetzige Situation. Mehr politische Einflussmöglichkeiten unter dem eher links eingestellten Teil der Bevölkerung ergeben sich aus unserer konkret wahrnehmbaren Tätigkeit, den überzeugenden Vorstellungen unsererseits und aus unseren Aktivitäten. Sie bieten sich aber auch aus der Erkenntnis der entstandenen Situation und aus der Überlegung für eine Zukunft.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 19. Parteitag müssen wir weiter daran arbeiten, die Gemeinsamkeiten aller Mitglieder in der DKP zu stärken. Dazu gehört die offene, faire Diskussion, überschaubare Aktivitäten zu beschließen und dann auf der Grundlage des Programms und weiterer Beschlüsse solidarisch zu handeln. Gemeinsamkeiten entstehen aus Debatten, gewonnenen Erkenntnissen und konkreten Aktionserfahrungen – diesen Prozess auch innerparteilich zu organisieren, ist eine zwingende Aufgabe für den Parteivorstand.

Denjenigen, die außerhalb der Partei sich jetzt die Hände reiben und auf eine Zersplitterung oder Spaltung der DKP hoffen, sollten wir deutliche Signale senden, dass es keinerlei Alternative zu dieser DKP gibt, egal ob sie sich KI nennen oder in Geheimdienstzentralen sitzen. Die Debatte um die Anträge des Parteivorstandes zum 19. Parteitag, aber auch zum Antrag des Parteivorstandes „Zur Zukunft der UZ als Wochenzeitung“ werden zeigen, wie weit uns dies gelingen wird.

Zu den politischen Aufgaben, die der Parteitag zu lösen hat, gehört auch die weitere personelle Erneuerung der DKP-Führung. Parteivorstand, Sekretariat, UZ-Redaktion befinden sich grundsätzlich immer wieder in diesem Prozess. Mit diesem Parteitag wird es darum gehen, auch darüber zu diskutieren, ob eine Parteivorsitzende, ein neuer Parteivorsitzender nicht gerade jetzt notwendig wäre, um entsprechend den relativ neuen politischen Verhältnissen, aber auch den wachsenden Chancen neue Anstöße zu geben, neue Sichtweisen zu vermitteln und dabei auch die Mitgliedschaft der DKP zusammen zu führen. Im Auftrag des Sekretariats hat eine kleine Arbeitsgruppe dazu seit zwei Jahren gearbeitet, Gespräche geführt, Vorschläge entwickelt und manchmal auch wieder verworfen. Bis zur Parteivorstandstagung vermutlich im Juni werden wir einen Personalvorschlag des Sekretariats vorlegen, der dann diskutiert werden sollte.

Wir bitten euch, mit an den Personalvorschlag des Parteivorstandes an den Parteitag zu arbeiten, Vorschläge zu entwickeln bzw. auch Eigenvorschläge an uns weiter zu vermitteln. Dies gilt für die Wahl zu allen Funktionen. Notwendig ist es, solche Vorschläge zu entwickeln, die unseren politischen Kriterien, wie u. a. die Anerkennung des Parteiprogramms und des Statuts, entsprechen, die in der DKP durch die Mitgliedschaft unterstützt werden und die vor allem Voraussetzungen ermöglichen, den politischen und organisationspolitischen Einfluss der DKP und UZ zu erhöhen. Auch mit den personellen Entscheidungen wollen wir deutlich machen: Die Deutsche Kommunistische Partei ist keine zeitweilige Erscheinung. Sie ist schon gar kein Auslaufmodell nach der Niederlage des Sozialismus in Europa. Der Kampf um die Existenz der DKP prägt vieles, was wir in den letzten zwanzig Jahren taten. Wir sollten uns für Möglichkeiten öffnen, die auch ein schnelleres Wachstum und eine deutlich wachsende Ausstrahlung der Politik und der DKP als Organisation ermöglichen. Realismus, gepaart mit Augenmaß der realistischen Möglichkeiten, Zuversicht bei Wissen über Schwierigkeiten und Probleme, Optimismus und Realismus brauchen wir. Das Programm liefert uns den Kompass. Die gesellschaftlichen Herausforderungen prägen auch das Schrittmaß der Entwicklung, die gesellschaftspolitischen Herausforderungen und unser Angebot, sie anzunehmen. Neues zu wagen und zu gestalten, schafft Möglichkeiten für eine stärkere DKP. Das muss auch der 19. Parteitag zeigen.

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. Januar 2010, Essen

Zu den Politischen Thesen

Leo Mayer, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Hoffnungen, dass die Krise zu einem Aufschwung der Linken führen würde, haben sich nicht erfüllt. Obwohl die Finanz- und Wirtschaftskrise die neoliberale Ideologie und Politik grandios blamiert hat, führte dies nicht zu einer Schwächung der neoliberalen Regierungen. Ihre Maßnahmen zur Krisenbearbeitung erscheinen als alternativlos. Abwrackprämie, Kurzarbeit, öffentliche Konjunkturprogramme haben Wirkung gezeigt, wenn auch mit verheerenden Konsequenzen für die Zukunft.

Diese Einschätzung gilt nicht nur für Deutschland, sondern – wie auf der Vorstandstagung der Europäischen Linken vor zwei Wochen deutlich wurde – für nahezu alle europäischen Länder.

Bei der gegenwärtigen Krise handelt es sich um eine multiple Krise: Finanz- und Wirtschaftskrise, Energie- und Klimakrise, Ernährungs- und Ernährungskrise, Krise der Politik und der Demokratie, das Scheitern der USA und der Nato im Krieg in Afghanistan – all diese Krisenprozesse beeinflussen und verstärken sich gegenseitig.

Deshalb wird davon gesprochen, dass es sich bei der aktuellen Krise aller Wahrscheinlichkeit nach um eine „Übergangskrise“ handelt; eine „Übergangs- oder Große Krise“, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse – die Formen der Produktion, die Formen der Machtausübung, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, die internationalen Kräfteverhältnisse, etc. - reorganisiert werden.

Diese Zeiten sind Zeiten gefährlicher Umbrüche, aber auch Zeiten in denen sich Möglichkeiten für grundlegende Veränderungen eröffnen.

Aber die heutige Große Krise unterscheidet sich von früheren u.a. dadurch, dass die Arbeiterbewegung noch nie so schwach gewesen ist.

- § Um die Jahrhundertwende zum vorigen Jahrhundert: beeinflusste eine starke Sozialdemokratie die gesellschaftliche Entwicklung.
- § 1929 existierte eine sich wirtschaftlich dynamisch entwickelnde Sowjetunion und in vielen kapitalistischen Ländern wirkten starke kommunistische Parteien.
- § In den 1970er Jahren setzten sich starke Gewerkschaften für Arbeiterrechte und progressive Veränderungen ein. In einer Reihe westeuropäischer Länder existierten einflussreiche kommunistische Parteien. Die Ausstrahlung der sozialistischen Staaten beeinflusste die Klassenkämpfe in Westeuropa.
- § Und heute: der neoliberaler Kapitalismus hat die Lebensverhältnisse grundlegend umgewandelt, industrielle Kerne der Arbeiterklasse sind abgeschmolzen, prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen sind gesellschaftlich prägend geworden, die Gewerkschaftsbewegung hat schwere Niederlagen einstecken müssen und ist ideologisch und organisatorisch dramatisch geschwächt. Die historische Niederlage mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa wirkt sich immer noch einschneidend auf die Kampfbedingungen und die Kampfmoral aus.

Die Krise trifft auf eine Konstellation, in der die Gewerkschaften, die sozialen Bewegungen, die Linke, die KommunistInnen in den Metropolen so schwach sind wie nie zuvor.

In dieser Situation müssen wir uns als KommunistInnen positionieren und unseren Beitrag leisten, alle fortschrittlichen Kräfte zu sammeln, damit eine reaktionäre Krisenlösung verhindert werden kann, und gleichzeitig damit auch Grundlagen für einen sozialen und demokratischen Weg aus der Krise und zur Überwindung des Kapitalismus zu legen.

Diese Positionierung muss die Erfahrungen aus unserer politischen Praxis, die wir seit dem Beschluss des Parteiprogramms vor vier Jahren gemacht haben ebenso aufnehmen wie die Arbeit mit dem Programm selbst.

Wie stellen wir uns auf der Grundlage des Parteiprogramms für die kommenden Auseinandersetzungen auf?

Da ist eine grundlegende Frage: Haben wir überhaupt noch die Kraft, um die gesellschaftliche und politische Entwicklung zu beeinflussen?

Ist die Situation - sowohl die politische Gesamtsituation wie auch die Situation der Partei - so trostlos, dass wir die politische Entwicklung gar nicht mehr beeinflussen können und es nur noch um das reine Überleben der Partei geht? Wir uns deshalb um unsere Grundsätze scharen, die Entwicklung kommentierend begleiten und „Symbolpolitik“ machen? Mit „Symbolpolitik“ meine ich eine Politik, die mit verschiedenen Mitteln und Aktionen darauf hinweist, dass es uns noch gibt, und ansonsten darauf wartet, dass es eine jähe Wendung gibt (die nie ausgeschlossen ist) und wir dann wieder auf der Matte stehen. Ausgehend von dieser Einschätzung müssten wir auf kommunistische Politik, d.h. die Tausende von Erscheinungen der Unterdrückung, die nicht unmittelbar mit dem ökonomischen Kampf verknüpft sind zur Einbeziehung der Massen in den politischen Kampf zu nutzen (nach „Was tun?“, S. 94), verzichten und uns im besten Fall auf den ökonomischen Kampf konzentrieren. In der Annahme, dass erst wieder Ansatzpunkte für kommunistische Politik erwachsen würden, wenn die Arbeiterklasse ökonomische Kämpfe führt. Zwischenzeitlich müssten wir versuchen durch Kampagnen die Partei am Leben zu halten. Wir würden Kampagnen organisieren, nicht vorrangig um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beeinflussen - was ja voraussetzt, dass Kampagnen in möglichst breiten Bündnissen geführt werden -, sondern wir machen eigene Kampagnen, v.a. um die Partei nach innen zusammenzuhalten und zu zeigen, dass es die Partei gibt. Das ist eine durchaus denkbare Möglichkeit.

Oder ist die Situation so, dass die DKP trotz ihrer Schwäche und ungünstigen Alterstruktur noch über so viele aktive GenossInnen verfügt, die im Betrieb, in den Gewerkschaften, in der Friedensbewegung, in Antifa-Initiativen, bei attac, in Sozialbündnissen oder in ihrer Kommunen aktiv und verankert sind, und dass die DKP noch so viel intellektuelle Kompetenz besitzt, dass wir uns den Herausforderungen an eine kommunistische Partei in der heutigen Zeit stellen können: nämlich die Beziehung zwischen den verschiedenen Formen der praktischen Auseinandersetzungen herzustellen (gewerkschaftlicher Kampf, Frieden, Ökologie, Kultur, Demokratisierung, ...) und deren Beziehung auf unser Ziel ausrichten, den Kapitalismus zu überwinden. (nach „Was tun?“)

Wenn wir diese Einschätzung teilen, dann geht es darum,

- § die DKP politikfähig zu machen
- § die Kräfte dort und so einsetzen, dass wir mit unseren bescheidenen Kräften die maximale Wirkung zur Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse erzielen; d.h.
- § unsere Kräfte dort einsetzen, wo wir nicht Selbstbeschäftigung betreiben, sondern uns Erfolge und nicht Niederlagen organisieren und zur Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse beitragen.
- § nicht völlig abgehoben eine Debatte über Massen- oder Kaderpartei zu führen, sondern darüber, wie wir mit kleinen Kräften möglichst großen Masseneinfluss zur Veränderung der Gesellschaft erzielen können;
- § die eigene Identität als KommunistInnen im solidarischen Verhältnis zu anderen linken Kräften und orientiert am gemeinsamen Ziel zu definieren;
- § die Identität der KommunistInnen nicht aus der Unterscheidung in Tagesforderungen und im kleinlichen Clinch mit der Partei DIE LINKE zu erarbeiten, sondern aus unserer Herkunft und unserer Zielstellung *„alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“*, wie wir K. Marx in unserem Parteiprogramm zitieren. Also aus dem Ziel der Emanzipation des Menschen, die die Selbstbefreiung der arbeitenden Klasse voraussetzt.

Dieses Ziel aber nicht als rotes Schwänzchen - „im Übrigen sind wir für den Sozialismus“ - anhängen, sondern Wege entwickeln, wie sich dies unter heutigen Bedingungen erreichen lässt. Welche ersten Schritte wir in dieser Richtung gehen.

Das Sekretariat des Parteivorstandes hat sich für diese zweite Variante entscheiden und wir werben um Zustimmung für diese Variante. Die Politischen Thesen sind ein Vorschlag, in diese Richtung weiter zu gehen.

Die Politischen Thesen sind kein Ersatz für das Parteiprogramm. Es gibt ja Vorwürfe die in diese Richtung gehen; gleichzeitig wird von den Gleichen bemängelt, dass zu diesem und jenem in den Thesen

nichts gesagt wird. Der Grund dafür: zu diesen Fragen gibt es Aussagen im Programm. Und es gibt keinen Grund unsere Aussagen aus dem Parteiprogramm zu revidieren!

Dies gilt auch für unsere Aussagen zum Sozialismus!

Ich kann jetzt aus Zeitgründen nicht inhaltlich auf die Thesen und auf Einwände eingehen, will mich aber zu diesem Punkt - Sozialismus - äußern, weil er exemplarisch für die Art ist, wie versucht wird, die Diskussion zu führen.

Der Vorwurf, das Papier behandle nur Fehlentwicklungen und unterschlage die Leistungen des Sozialismus geht deshalb ins Leere, weil in diesem Abschnitt eben nicht Leistungen und Fehler des Realsozialismus analysierend behandelt werden, (das haben wir im Parteiprogramm schon gemacht) sondern die Frage behandelt wird,

§ Warum kämpfen die Massen trotz kapitalistischer Krise nicht für den Sozialismus?

§ Wie erlangen wir Glaubwürdigkeit für unsere Sozialismusvorstellungen?

§ Und welche Schlussfolgerungen im Interesse dieser Glaubwürdigkeit notwendig sind.

Es geht eben nicht um neue Aussagen zum Sozialismus, wie er in der UdSSR und in Osteuropa war, sondern wie er sich im Massenbewusstsein widerspiegelt und welche Schlussfolgerungen wir für unsere politische Arbeit daraus ziehen.

Ich zitiere aus den Thesen: *„Die zivilisatorischen und emanzipatorischen Errungenschaften des Sozialismus sind im Alltagsbewusstsein der Menschen nahezu nicht vorhanden. Dies ist im Wesentlichen Folge der durch die herrschenden Kräfte, ihre Parteien und Medien betriebenen Kampagne zur Delegitimierung des Sozialismus. Das Bild des Sozialismus wird geprägt von seinem Zusammenbruch, seinen Defiziten, Deformationen und von Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden. Auch das hält vom Kampf für die Überwindung des Kapitalismus ab.“* (Die DKP in der heutigen Zeit, These 10)

Man kann jetzt höchstens der Arbeiterklasse vorwerfen, dass sie sich nicht auf der Höhe unseres Parteiprogramms befindet, aber nicht den Thesen, wenn sie das Massenbewusstsein realistisch darstellen und versuchen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Frage der Glaubwürdigkeit unserer Sozialismusvorstellungen hat auch unter einem anderen Gesichtspunkt an Bedeutung gewonnen. In linken Kreisen der Gewerkschaften, bei attac, in der Sozialforumsbewegung, .. (ich möchte auch an die Losung beim Klimagipfel in Kopenhagen erinnern: „Das System verändern, nicht das Klima“) ist die Systemfrage inzwischen Konsens. Jetzt hat die Bearbeitung der schwierigeren Frage begonnen: Wie sind die Alternativen zum Kapitalismus? Wie kommen wir dort hin?.

Diese Debatte ist doch eine der zentralen Herausforderungen für uns! Das ist eine inhaltlich Herausforderung, eine organisatorische und „kulturelle“ - hinhören können, lernen können. Eine Herausforderung auch für unsere „Sprache“. Eine Herausforderung die Frage der Demokratie zurückzugewinnen.

Die Thesen sollen ein Beitrag sein, die Partei auf diese Herausforderungen einzustellen. Sie gehen in der Richtung:

§ theoretisches Verarbeiten der Krisenprozesse und die Frage stellen: Wie können wir uns eine Wende zu demokratischen und sozialen Fortschritt unter diesen Bedingungen der kapitalistischen Krise vorstellen? Diese Wende nicht nur als abstraktes Ziel, sondern als konkrete Politik und Entwicklung der Kräfte, die diese Wende herbeiführen können. Das ist mehr als Forderungen aufzustellen.

Deshalb wird z.B. der Charakter der Krise so ausführlich behandelt und werden mögliche Entwicklungsvarianten aufgezeigt, die jeweils auch andere Kräftekonstellationen bedeuten würden.

§ Aufzeigen der Grundlinien einer Alternative, die nicht nur ökonomisch ist, sondern auch die Machtfrage aufwirft (Demokratisierung).

§ Und damit im Zusammenhang: Was bedeutet die Aussage im Parteiprogramm *„ Es geht uns um die Schlussfolgerungen, wie heute eine kommunistische Partei aussehen muss, die den revolutionären Kampf führt und mit der Arbeiterklasse und allen dazu bereiten Bündnispartnern eine neue Gesellschaft aufbauen will“* hinsichtlich dessen, dass die DKP stärker, einflussreicher, attraktiver werden muss?

Warum haben wir die Form der Thesen gewählt?

- § Wir sind der Meinung, dass die gesamte Partei über die Probleme diskutieren und nach Lösungen suchen muss.
- § Wir sind der Meinung, dass sich mit Thesen die Debatte am Besten entwickeln lässt. Thesen ermöglichen die Gegenüberstellung von Meinungen (These - Antithese) sogar in einem Dokument, um eine breite Diskussion in der gesamten Partei zu eröffnen und um Übereinstimmung zu ringen oder zumindest die Unterschiede sichtbar zu machen.
- § Sogar der Parteitag könnte noch These - Antithese beschließen, wenn wir nicht zu Übereinstimmung kommen, und wir akzeptieren, dass unterschiedliche Meinungen in der Partei nebeneinander existieren. Dann müssten wir uns darüber unterhalten, wie wir als Partei dann trotzdem handlungsfähig werden.
- § Die DKP war immer am Besten und Attraktivsten, wenn sie mit ihrer theoretischen Debatte und mit theoretischen und politischen Positionen, die den aktuellen Herausforderungen entsprachen, in die gesellschaftlichen und politischen Debatten und Auseinandersetzungen eingewirkt hat. Die Debatten um die Düsseldorfer Thesen oder die Thesen des Hamburger Parteitages waren nicht nur Höhepunkte der innerparteilichen Debatte, sondern auch unserer Ausstrahlung und Wirkung nach außen.

Wir meinen, dass sich möglichst alle Genossinnen und Genossen an dieser Debatte beteiligen sollen. Ich habe aber den Eindruck, dass Einige die sehr erfreut begrüßt haben, dass das Papier der 84 eine lebhaftige Debatte in der Partei ausgelöst hat, jetzt diese Debatte in der Partei fürchten und die Diskussion - wenn sie schon nicht mehr vermeidbar ist - auf den Parteivorstand beschränken möchten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ehe die Mitglieder des Parteivorstandes überhaupt über die vorliegenden Thesen diskutieren konnten, wurden diese auf der Internetseite einer uns feindlich gegenüber stehenden Gruppe veröffentlicht und kommentiert. Obwohl der Entwurf nur an die Mitglieder des Parteivorstandes ging, wurde er dieser Gruppe zugespielt, um die Debatte in der DKP emotional anzuheizen.

Wir haben zustimmende und ablehnende Stellungnahmen erhalten.

Ein knappes Dutzend Genossinnen und Genossen haben uns mitgeteilt, dass sie vorliegenden Thesen in wesentlichen Inhalten ablehnen und sie fordern das Sekretariat auf, den Entwurf zurückzuziehen bzw. fordern den Parteivorstand auf, den Entwurf zurückzuweisen.

Das Ziel des Sekretariats war es ausdrücklich, mit den Thesen eine breite demokratische Debatte in der gesamten Partei über die Probleme kommunistischer Politik und Organisation zu führen, Ansichten gegenüberzustellen, Erfahrungen auszuwerten und auf dem 19. Parteitag zu verallgemeinern.

Dieses Vorhaben lässt sich so nicht mehr umsetzen. Eine demokratische, offene Debatte ist so, wie geplant, nicht mehr möglich, ohne eine organisationspolitische Zuspitzung zu riskieren.

Das Sekretariat will alles vermeiden, was zu einer weiteren organisatorischen Schwächung der Partei oder der UZ führen würde. Uns ist die DKP zu wichtig für die jetzigen und mehr noch für die kommenden politischen Auseinandersetzungen.

Deshalb schlagen wir euch vor:

1. Der Parteivorstand erarbeitet einen Vorschlag für eine politische Resolution des 19. Parteitages. In der Resolution sollen enthalten sein:
 - § die Einschätzung der aktuellen Krisenprozesse
 - § Vorschläge für einen sozialen und demokratischen Weg aus der Krise,
 - § Überlegungen zu den politisch-ideologischen Aufgaben der DKP.Die Grundlage für diese Ausarbeitung ist das Programm der DKP.

2. Ein Antrag an den 19. Parteitag, der die Aktionsorientierung der DKP zwischen dem 19. und dem 20. Parteitag sowie die konkreten Aktivitäten in dieser Zeit behandelt.
3. Die Veröffentlichung der vom Sekretariat vorgelegten Thesen - nicht als Antrag an den 19. Parteitag, sondern zur Debatte in der Partei mit Ziel einer theoretischen Konferenz in der ersten Jahreshälfte 2011.

In dieser Debatte werden mit großer Wahrscheinlichkeit Gegenthesen formuliert werden, so dass alle GenossInnen nachvollziehen können, wo die Meinungsverschiedenheiten über die Entwicklung kommunistischer Politik und Organisation liegen, so dass die ganze Partei ohne den terminlichen Druck des 19. Parteitages über diese Fragen diskutiert kann, um die DKP auf die Herausforderungen der heutigen Zeit einzustellen und dann auch politisch und organisationspolitisch stärkeren Einfluss zu gewinnen.

Die Dokumente für den 19. Parteitag sollten von einer kleinen Arbeitsgruppe in Vorbereitung der nächsten Parteivorstandstagung erarbeitet werden. Für diese Arbeitsgruppe schlagen wir vor: Heinz Stehr, Nina Hager, Anne Frohnweiler, Thomas Hagenhofer. Als Konsultanten der Arbeitsgruppe schlagen wir vor: Hans-Peter Brenner, Beate Landefeld, Leo Mayer.

Um zu gewährleisten, dass zu den Kreis- und Bezirkskonferenzen diese Anträge des Parteivorstandes an den Parteitag diskutiert werden können, wird die nächste Parteivorstandstagung auf den 27. und 28. März vorgezogen.

Wir, das Sekretariat, hoffen, damit einen Beitrag zur Politisierung einer notwendigen Debatte zu leisten und zugleich eine organisationspolitische Zuspitzung auf dem 19. Parteitag zu vermeiden.

9. Tagung des Parteivorstands der DKP 23./24. Januar 2010, Essen

Beschlüsse

Für eine politische Resolution des 19. Parteitages

Beschluss:

1. Der Parteivorstand erarbeitet einen Vorschlag für eine politische Resolution des 19. Parteitages. In der Resolution sollen enthalten sein:
 - § die Einschätzung der aktuellen Krisenprozesse
 - § Vorschläge für einen sozialen und demokratischen Weg aus der Krise,
 - § Überlegungen zu den politisch-ideologischen Aufgabe der DKP.Die Grundlage für diese Ausarbeitung ist das Programm der DKP.

(Einstimmig beschlossen)

 2. Der Parteivorstand erarbeitet einen Antrag an den 19. Parteitag, der die Aktionsorientierung der DKP zwischen dem 19. und dem 20. Parteitag sowie die konkreten Aktivitäten in dieser Zeit behandelt.

(Einstimmig beschlossen)

 3. Der Parteivorstand unterstützt die Veröffentlichung der vom Sekretariat erarbeiteten Thesen für eine breite Debatte in der gesamten Partei und zur Vorbereitung einer theoretischen Konferenz in der ersten Jahreshälfte 2011.
Für diese Debatte werden auch das Nachrichtenportal www.kommunisten.de wie für zusammenfassende Artikel auch die UZ genutzt.

(Mit 23 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen)

 4. Zur Erarbeitung wird eine Arbeitsgruppen gebildet, bestehend aus den Genossinnen und Genossen Anne Frohnweiler, Thomas Hagenhofer, Nina Hager und Heinz Stehr.

Als Konsultationspartner der Arbeitsgruppe wurden benannt die Genossinnen und Genossen Hans-Peter Brenner, Beate Landefeld, Leo Mayer und Andrea Will.

(Mit 23 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen)
-

9. Tagung des Parteivorstands der DKP **23./24. Januar 2010, Essen**

Zur Zukunft der UZ als Wochenzeitung

Wolfgang Teuber, Chefredakteur der UZ, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes

Liebe Genossinnen und Genossen,

Euch liegt der Entwurf des UZ-Antrags an den 19. Parteitag vor.

Anliegen dieses Antrages ist es, Voraussetzungen zu schaffen zur Sicherung der Existenz und zur Weiterentwicklung der UZ als sozialistische Wochenzeitung. Uns geht es um die Erhöhung der Abonnentenzahl, um die stärkere Verbreitung der UZ in der Arbeiterklasse, in der außerparlamentarischen Bewegung und darüber hinaus. Und es geht uns um ein neues Kommunikationskonzept der DKP.

Neue Leser, neue und mehr Abonnenten, neue Internetnutzer brauchen wir dringend, nicht nur aus finanzieller Hinsicht, sondern vor allem wegen der dringend notwendigen Erweiterung unserer politischen Ausstrahlungskraft als Kommunistische Partei in diesem Land.

Analysen, Bewertungen, das Aufzeigen von Alternativen aus marxistischer Sicht, Informationen und Berichte aus dem In- und Ausland, zur Entwicklung von linker außerparlamentarischer und parlamentarischer Tätigkeit, die Darstellung von Erfahrungen aus den Arbeitskämpfen, zur konkreten Arbeit der DKP vor Ort, die Vermittlung von marxistischem Grundwissen, die Entwicklung von Klassenbewusstsein, aber auch die Entwicklung innerparteilicher Solidarität und die Widerspiegelung streitbarer Debatten in der Linken, für all das und einiges mehr brauchen wir die UZ, brauchen wir eine interessant gemachte Internetpräsenz.

Auf dem 18. Parteitag haben wir beschlossen:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, umgehend in seiner Verantwortung und aus seinen Reihen eine Arbeitsgruppe ‚Zukunftswerksatt Unsere Zeit‘ einzurichten.

Ziel dieser Arbeitsgruppe des Parteivorstandes ist es, in Vorbereitung des 40. Geburtstag der UZ im April 2009 zusammen mit der UZ-Redaktion, den Bezirken und unter Einbeziehung externer Fachleute bis Ende 2008 eine breite Partei- und Leserdebatte zu führen

über die ‚Zukunft der UZ‘ als Zeitung der ganzen Partei,

über ihre konzeptionellen, finanziellen, personellen sowie organisatorischen Voraussetzungen und

über sich daraus ergebende, dringend umzusetzende Maßnahmen zur Sicherung unserer Parteizeitung.

Zur Effektivierung der Arbeit und Finanzen der UZ wird eine betriebswirtschaftliche Analyse durchgeführt.“

Und, liebe Genossinnen und Genossen,

in dem von uns auf dem 18. Parteitag beschlossenen Arbeitsvorhaben 2008/2009 heißt es unter dem Punkt 10. „Die UZ verbreiten und durch neue Abonnenten stärken“:

„Das wichtigste Instrument der Öffentlichkeit der DKP ist ihre zentrale Zeitung. Eine stärkere Verbreitung der UZ trägt zu einer einflussreicheren DKP bei. Über die UZ sollen mehr Menschen mit kommunistischen Standpunkten und Vorschlägen bekannt gemacht werden.

Wir werden deshalb bei jeder politischen Aktion den UZ-Verkauf organisieren. Gleichzeitig gilt es, die UZ als Zeitung der marxistischen Debatte stärker auszubauen. UZ, Marxistische Blätter und Verlags-tätigkeit sind zentrale Mittel, um die DKP als kreative marxistische Partei zu entwickeln.“

Vor diesem Hintergrund haben die Mitglieder der UZ-Zukunftswerkstatt in bisher vier Sitzungen an der Umsetzung des Parteitagsbeschlusses gearbeitet.

In den 4 Sitzungen der UZ-Zukunftswerkstatt haben wir Probleme und Aufgaben herausgearbeitet.

Wir haben die finanziellen und personellen Ressourcen der UZ-Redaktion versucht zu analysieren.

Wir arbeiten an einem neuen Layout für die UZ.

Wir arbeiten an der Umsetzung neuer Technik in der Redaktion.

Wir haben über die Vorlage eines neuen Kommunikationskonzepts für die DKP diskutiert.

Wir haben einen UZ-Workshop durchgeführt und die Arbeitsweise der Redaktion kritisch analysiert.

Dieser Prozess verlief – wie bekannt – nicht konfliktfrei, und durch die Probleme von ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit war eine weitergehende Umsetzung der von uns bisher herausgearbeiteten Aufgaben nicht möglich.

Da die Arbeit mit der UZ, da die Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit der DKP vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung der Medien und der technischen Möglichkeiten uns vor neue Herausforderungen stellt, da die Sicherung und Weiterentwicklung der UZ als sozialistische Wochenzeitung eine ständig zu bearbeitende Aufgabe der gesamten Partei ist, haben wir nach ausführlicher Diskussion in der letzten UZ-Zukunftswerkstatt diesen Antrag erarbeitet, der eine feste Arbeitsgruppe Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit des Parteivorstandes der DKP beinhaltet, in die die bisherigen Ergebnisse der vom 18. Parteitag beschlossenen UZ-Zukunftswerkstatt einfließen.

Ich hoffe auf eine rege Diskussion und der sich daraus ergebenden Qualifizierung des Antrages .

Beschluss:

Die UZ im Kommunikationskonzept der DKP

Rolle der UZ

Eine Zukunftsfrage für die DKP wird es sein, wie die auf den programmatischen Grundlagen unserer Partei entwickelte Politik ihre Adressaten in Betrieben und Gewerkschaften, in Schulen und Hochschulen, in fortschrittlichen Organisationen und Bewegungen sowie die Parteimitglieder selbst erreicht.

Die UZ als Wochenzeitung hat einen gewichtigen Anteil daran, dass kommunistische Politik in Deutschland weiterhin vernehmbar ist. Es bleibt die Aufgabe der gesamten Partei, um die Existenz und Weiterentwicklung der UZ zu kämpfen.

Da sich zum einen die Nutzung von Medien und das Kommunikationsverhalten unserer Zielgruppen in den letzten Jahren stark verändert haben und sich zum anderen unsere Probleme wie begrenzte Finanzen und rückläufige UZ-Abos zuspitzen, sich gleichzeitig aber auch neue Chancen wie die Internetnutzung auftun, brauchen wir darüber hinaus ein neues Kommunikationskonzept der DKP. Dieses Kommunikationskonzept muss die bisher unterschiedlichen Medienauftritte der DKP regional und zentral effektiver miteinander verbinden.

Hauptmedium der DKP ist die UZ als sozialistische Wochenzeitung. Herausgeber ist der DKP-Parteivorstand. Das Internetportal www.kommunisten.de wird als einheitliches Internetmedium der DKP weiter entwickelt. Diese beiden Kommunikationsinstrumente der DKP werden besser miteinander vernetzt und ausgehend von den politischen Ereignissen und den technischen Möglichkeiten regelmäßig weiter entwickelt. Ein Ziel muss es sein, die jetzigen UZ-Abo-Verluste zu stoppen und ein Wachstum der Abonnentenzahlen durchzusetzen.

Mit regelmäßigen Ausgaben „UZ extra“ wird vor allem den Parteigruppen, die keine eigene Öffentlichkeitsarbeit leisten können, ein attraktives Massenmaterial an die Hand gegeben.

Folgende Aufgaben sind bereits in der Umsetzung:

- Erarbeitung eines neuen Layouts für die UZ
- Umsetzung neuer Technik in der Redaktion
- Erhöhung der Preise für das reguläre Abo

Um diese Aufgaben umzusetzen, wird eine ständige Arbeitsgruppe Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit des Parteivorstandes der DKP eingerichtet, in deren Arbeit die Ergebnisse der vom 18. Parteitag beschlossenen UZ-Zukunftswerkstatt einfließen.

Diese Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Redaktionen der UZ und des Internetportals www.kommunisten.de sowie des CompressVerlages und Mitgliedern der Finanzkommission, des Parteivorstandes (PV) und vom PV zu bestimmenden Mitarbeitern. Vertreter des Herausgeberkreises der Marxistischen Blätter werden zur Arbeitsgruppe eingeladen.

Aufgaben

Zu den Aufgaben dieser Arbeitsgruppe gehört auch:

1. Die Erarbeitung von Aufgabenbeschreibungen für alle Bereiche der inneren und äußeren Kommunikation.
2. Die Erarbeitung von Konzepten zur finanziellen Absicherung und der kontinuierlichen inhaltlichen Weiterentwicklung dieser Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit der DKP.
3. Die Neugestaltung der Internetpräsenz der DKP unter Einbeziehung der Erfahrungen der Mailingliste „DKP-IM-NETZ“ , der Internetportale www.kommunisten.de, www.dkp.de, www.unserezeit.de und deren Ergebnisse.

Der Inhalt der zu erarbeitenden zentralen Internetpräsenz der DKP wird so strukturiert, dass auch regionale DKP-Seiten unmittelbar einbezogen werden können. Damit verknüpft wird eine klare Struktur der Parteiaktivitäten im Web.

Ziel ist es, das dieses DKP-Portal für möglichst viele politisch Engagierte zum primären täglichen Informationsmedium wird.

4. Die kontinuierliche Weiterentwicklung von Inhalten und Formen unserer Parteikommunikation kritisch auf ihre Wirksamkeit hin zu untersuchen und zur Effektivierung der Arbeit den Einsatz von Finanzmitteln zu überprüfen.
5. Hilfe bei der Erstellung der Ausgaben der „UZ extra“.

(Einstimmig beschlossen)

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. Januar 2010, Essen

Finanzkommission

Information und Beschlüsse zum Tagesordnungspunkt Finanzrahmenpläne

Dem Parteivorstand lagen Entwürfe für den Finanzrahmenplan 2010 und den Finanzrahmenplan des 19. Parteitages vor.

I. Finanzrahmenplan 2010 DKP-Parteivorstand

Der vorliegende Finanzrahmenplan geht von einer zu erwartenden Einnahmensumme von 430.000 Euro und dem gegenüber einer Ausgabensumme von 429.000 Euro aus. Bei Berücksichtigung eines Übertrages aus 2009 – 8.000 Euro – sollten im Jahre 2010 9.000 Euro für Rückstellungen erwirtschaftet werden. Nicht geplant sind Einnahmen und Ausgaben für die internationale Solidarität.

Beschluss:

1. Der Finanzrahmenplan für das Jahr 2010 wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Er wird nach Ende des Abschlusses 2009 der nächsten Parteivorstandstagung mit den Ergebnissen 2009 in Gegenüberstellung zum Plan 2010 vorgelegt.
2. Der Finanzrahmenplan wird vierteljährlich durch ein entsprechendes Controlling-Verfahren kontrolliert. Sollten sich wesentliche Änderungen ergeben und dafür Beschlüsse notwendig sein, so werden diese schriftlich dem Parteivorstand vorgelegt.
3. Der Parteivorstand wendet sich nach Abschluss des Jahres 2009 mit einem Aufruf an die Mitglieder und Freundinnen und Freunde der DKP, zur Stärkung der Finanzkraft einen Beitrag zu leisten. Dieses wird in Form eines Artikels in der UZ und einer entsprechenden Beilage mit Zahlkarte vorbereitet.

II. Finanzplanung 19. Parteitag der DKP

Dem Parteivorstand lag der Vorschlag der Finanzkommission vor. Er geht aus von zu erwartenden Einnahmen von 31.000 Euro und geplanten Ausgaben von 30.500 Euro.

Beschluss:

1. Der Finanzrahmenplan für die Finanzierung des 19. Parteitages wird in der vorliegenden Form beschlossen.
2. Mit dem Beschluss zum Finanzrahmenplan wird festgelegt, dass die gewählten Delegierten und rechenschaftspflichtigen Mitglieder des Parteivorstandes und der zentralen Gremien 50,- Euro Delegiertenbeitrag zahlen. Die Kreise und Bezirke zahlen je Delegierte/n 40,- Euro zusätzlich für Übernachtung und weitere Materialkosten.
3. Gäste am Parteitag werden entsprechend dem Beschluss zur Einberufung des Parteitages durch die Bezirksvorstände dem Sekretariat des Parteivorstandes gemeldet. Sie zahlen pro Tag 25,- Euro incl. der Materialien – ohne Verpflegung.

Beide Finanzrahmenpläne wurden vom Parteivorstand einstimmig beschlossen.

III. Rechenschaftsbericht 2007

Den Mitgliedern des Parteivorstandes wurde der Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei der DKP und der des Parteivorstandes zur Information übergeben. Dieser wird zurzeit vom Wirtschaftsprüfer bearbeitet und testiert.

Es geht jetzt darum, umgehend den Bericht für 2008 zu erarbeiten. Dafür wurden die Bezirke und Kreise aufgefordert, noch **fehlende Unterlagen bis Anfang Februar 2010** zu übersenden. Es wurde nochmals darauf verwiesen, dass es notwendig ist, die Buchhaltungsunterlagen quartalsmäßig – spätestens sechs Wochen nach Ende des Quartals – an die Kasse des Parteivorstandes zu übersenden. Nur so ist eine rechtzeitige Fertigstellung der entsprechenden Berichte möglich.

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. Januar 2010, Essen

Beschluss

Aufruf der DKP zum Internationalen Frauentag 2010

Von der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen wurde auf Antrag der Frauenrechtlerinnen und Kommunistinnen Clara Zetkin und Käthe Duncker von ca. 100 Frauen aus 17 Ländern der Internationale Frauentag als Kampftag für die Rechte der Frauen in aller Welt beschlossen.

Erstmals wurden in verschiedenen Ländern Aktionen am Internationalen Frauentag im März 1911 durchgeführt.

Die Frauen traten u.a.

- gegen den imperialistischen Krieg
 - für Arbeitsschutzgesetze
 - ein Wahl- und Stimmrecht der Frauen
 - für gleichem Lohn bei gleicher Arbeitsleistung
 - für den der Achtstundentag
 - für ausreichenden Mutter- und Kinderschutz
 - für die Festsetzung von Mindestlöhnen
- ein.

Eine von Ausbeutung, Kriegsdrohung und Kriegen freie Gesellschaft, in der Frauen wirtschaftlich und psychisch vom Mann unabhängig, selbstbestimmt leben, die gemeinsamen gesellschaftlichen Angelegenheiten gleichberechtigt mitbestimmen und entscheiden können war der Zukunftstraum der kämpfenden Frauen. Durch einen Internationalen Frauentag sollte darauf hingewiesen werden, dass für diese Forderungen weltweit gekämpft wird.

Ohne Zweifel haben wir einiges erreicht in den vergangenen 100 Jahren. Doch für das Ziel einer vollen gleichberechtigten Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft muss noch viel getan werden. Nicht nur die ökonomischen, sondern jegliche Unterdrückungsverhältnisse gilt es zu überwinden, seien sie ethnisch, religiös oder geschlechtlich begründet.

Für die Menschenrechte einzutreten kann nur heißen, nicht mehr die Rechte der Frauen in Frage zu stellen und sie mit Füßen zu treten.

Der Handel mit Frauen auf der ganzen Welt als billige Arbeitskräfte, Katalogbräute und Zwangsprostituierte, die sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen über ihren Körper gehören unter anderen zu den Unterdrückungsmaßnahmen, die gegen die Rechte der Frauen und Menschenrechte verstoßen.

Die nächste Weltfrauenkonferenz vom 4. – 8. März 2011 in Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, unterstreicht den internationalen Charakter des Frauentages. Sie zeigt aber auch die Notwendigkeit im hundertsten Jahr des Internationalen Frauentages weiter für die Forderungen und Rechte einzutreten.

Die gesetzliche Verankerung der Gleichberechtigung der Frau im Grundgesetz der BRD ist nur ein kleiner Schritt in Richtung allgemeiner Gleichstellung. Doch die Auseinandersetzung für das Ziel einer Gleichberechtigung ist tägliche Realität. Wurde noch im vergangenen Jahr festgestellt, dass die Bezahlung der Frauen um 22 % geringer ausfällt, als die ihrer männlichen Kollegen, sind wir in 2010 bereits bei 23 % weniger Lohn und Gehalt gelandet. Grund genug aufzurufen, sich an den Aktionen des Equal Pay Day, der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, zu beteiligen. Der nächste Equal Pay Day findet am Freitag, den 26. März 2010 statt.

Aber es geht nicht nur um die gleiche Bezahlung: Frauen kämpfen für gute und sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Eindrucksvoll haben dies in 2009 die ErzieherInnen bewiesen, die auch für bessere Arbeitsbedingungen streikten. Belegschaften, insbesondere in den großen Kaufhäusern und Ladenketten, zeigten ihre Kampfbereitschaft und demonstrierten mit Warnstreiks und Streiks für ihre Rechte. In diesen Kämpfen waren die Frauen ein großer und wichtiger Teil der gewerkschaftlich organisierten Streiks.

Die weltweite Krise wird genutzt um Arbeiter- und Arbeiterinnenrechte immer weiter abzubauen. Die Armut nimmt massiv zu. Vor allem Frauen und Kinder sind betroffen. Die Lohnstandards werden nicht, wie gefordert, nach oben angeglichen, sondern in dem Maße wie generell der Lohnabbau zunimmt, sinken auch weiter die Löhne der Frauen.

Frauen und Mädchen sollten sich auch und gerade in der Zeit des Sozial- und Demokratieabbaus auf ihre Kraft besinnen. Zeigen wir gemeinsam und geschlossen, dass wir ein Zurückdrängen unserer Rechte nicht hinnehmen.

Deshalb ist es wichtig

- bei den anstehenden Betriebsratswahlen Frauen aufzustellen und zu wählen
- dass Frauen und Mädchen in sozialen und demokratischen Initiativen und Bewegungen aktiv sind
- sich in den Gewerkschaften zu organisieren und mitzuarbeiten
- in SchülerInnen- und StudentInnenbewegungen mitzuwirken

Überall dort, wo Menschen in Bewegung sind und sich gegen den Abbau der Rechte wehren, für eine andere Gesellschaft eintreten, sind auch die Frauen aktiv dabei.

Unser Ziel muss es sein, nicht nur dem Abbau erkämpfter Rechte Einhalt zu gebieten, sondern gleiche Bedingungen und Rechte für Frauen und Mädchen zu schaffen.

Und wir wollen nicht nur ein gutes Leben für uns selber. Wir finden uns mit dem Wohlergehen der Einen aufgrund der schlechten Lage der Anderen nicht ab.

Die DKP will das bestehende Gesellschaftssystem überwinden. Wir streben eine neue und sozialistische Gesellschaft an, in der die Rechte und die Gleichstellung der Frauen verwirklicht sind.

Der Kapitalismus hat den Frauen die Gleichstellung und die Befreiung von Diskriminierung verwehrt und ihre Lebenssituation weiter verschärft. Diskriminierungen wie weniger Lohn, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Verdrängungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt, Gewalt und Sexismus sind Beispiele hierfür.

Wir treten für das Recht aller Menschen auf ein gutes Leben in Würde, auf Freiheit von Unterdrückung und Bevormundung ein.

Dafür wünschen wir Mut, Entschlossenheit und Kraft!

(Einstimmig beschlossen)

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. Januar 2010, Essen

Beschluss

Aufruf der DKP zum 65. Jahrestag der Befreiung von Faschismus

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Den Schwur von Buchenwald erfüllen

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 unterzeichneten die Vertreter der faschistischen deutschen Wehrmacht in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation.

Das faschistische Deutschland war besiegt: durch den antifaschistischen Widerstandskampf, die Illegalen, die Kämpfer in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, die noch unter schwierigsten Bedingungen Rüstungsproduktion sabotierten, durch die Partisanen und die Kämpfer der Armeen der Antihitlerkoalition. Die Hauptlast in diesem Kampf trugen die Völker der Sowjetunion und die Rote Armee.

Am 65. Jahrestag gedenken wir der Befreiung der Millionen Toten. SS und Wehrmacht hinterließen in den besetzten Ländern, vor allem der Sowjetunion, eine Spur der Zerstörung und des Todes: mit Billigung und Unterstützung von Thyssen, Krupp, Siemens und IG Farben, Deutscher Bank und vielen anderen, die an der Ausplünderung anderer Länder, an der Sklavenarbeit, an Aufrüstung, an Krieg und Massenmord Unsummen verdienten. Aber auch Millionen eigener Landsleute verloren ihr Leben, Hunderttausende wurden einbezogen in schlimmste Verbrechen.

1945 schworen viele Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher Orientierung und sozialer Herkunft - auch im zerstörten und niedergedrungenen Deutschland Schlussfolgerungen zu ziehen, Krieg und Faschismus nie wieder zuzulassen.

Doch der Antikommunismus wurde im Westen Deutschlands bald wieder zur Staatsdoktrin, die Nazi- und Kriegsverbrecher wurden rehabilitiert, die alten Macht- und Eigentumsverhältnisse wieder hergestellt. Es wurde wieder aufgerüstet. Kommunistinnen und Kommunisten stellten sich in Ost wie West dagegen. In der DDR engagierten sie sich und viele andere – die Lehren aus der Geschichte berücksichtigend - für den Aufbau eines antifaschistischen, eines friedliebenden, sozialistischen Staates. Der 8. Mai galt dort immer als Tag der Befreiung.

Der Antikommunismus blieb auch nach 1990 Staatsdoktrin. Unter der Kohl-Regierung wurde der Auftrag zur Delegitimierung der DDR gegeben, unter Schröder-Fischer wurde diese Politik fortgesetzt. Die DDR wird – 20 Jahre nach der „Einheit“ - mittlerweile nur noch als „Unrechtsstaat“ dargestellt, schlimmer noch als das Nazireich. Der Antifaschismus der DDR wird verleumdet: Er sei „verordnet“ gewesen. Eben dieser Antifaschismus täte der Bundesrepublik heute und künftig gut!

Dagegen werden in offiziellen Erklärungen, auf Veranstaltungen wie in den Medien gesellschaftliche Hintergründe des Faschismus sowie die Zusammenhänge von Kapital und faschistischem Machtanspruch verschwiegen oder verfälscht.

Das, was sich in der Bundesrepublik vollzog, ging und geht seit 1990 in ganz Europa vor sich. Europaweit koordiniert verstärken die Herrschenden die Kampagne zur Delegitimierung und Illegalisierung der Kommunistinnen und Kommunisten: Anfang 2006 verabschiedete der Europarat eine Resolution zur „Notwendigkeit einer Verurteilung der Verbrechen kommunistischer totalitärer Regime“. Am 23. August 2009 rief die Europäische Union alle Menschen in Europa dazu auf, einen „europaweiten Tag der Opfer des Stalinismus und Nationalsozialismus“ zu begehen und damit den antikommunistischen und antidemokratischen Resolutionen des Europäischen Parlamentes Folge zu leisten.

In Tschechien forderte der Senat die Regierung auf, die Verfassungsmäßigkeit und damit Legalität der KSCM prüfen zu lassen – noch immer ist der Jugendverband KSM verboten. In Moldawien spielt die Regierung mit dem Gedanken, die von 48 Prozent der Wähler gewählte Partei der Moldawischen Kommunisten zu verbieten. In Polen sind der Rote Stern und andere linke Symbole verboten. Im Wörterbuch der Königlichen Akademie der Spanischen Sprache, das weltweit Vorgaben für den Gebrauch des Spanischen macht, soll Kommunismus künftig als totalitäre Ideologie bezeichnet und mit dem Faschismus gleichgesetzt werden.

Und die Faschisten? Sie gingen aus den Wahlen zum EU-Parlament im Jahr 2009 gestärkt hervor. Sie sitzen auch in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor in Kommunal- und Landesparlamen-

ten. Sie treten immer aggressiver auf. Ihre Aufmärsche werden meist von der Polizei geschützt – während antifaschistischer Widerstand oft massiv behindert oder sogar kriminalisiert wird.

In Estland und Lettland wurden SS-Leute geehrt und konnten unter Polizeischutz Paraden abhalten. In Ungarn wird das immer dreistere Auftreten von Neofaschisten toleriert. Nazikollaborateure wie der ungarische Admiral Miklós Horthy, „Reichsverweser“ des Landes zwischen 1920 und 1944, Jozef Tiso in der Slowakei, Ion Antonescu in Rumänien u. a. werden „geehrt“. Es verschwanden viele der den sowjetischen Befreier gewidmete Denkmäler.



Heute ist es notwendig, hierzulande wie international den Kampf gegen faschistische Parteien, Strukturen und Denkweisen sowie die Ursachen des Faschismus und für ein Verbot der NPD weiter zu verstärken. Wir haben deshalb die Aktionen des VVN/BdA zum NPD-Verbot aktiv unterstützt. Wir werden dies auch weiter tun.

- § Wir Kommunistinnen und Kommunisten wehren uns gegen das Vergessen und Verdrängen der Nazi-Vergangenheit.
- § Wir wenden uns gegen den Antikommunismus, der Intoleranz, Hass und Gewalt gegen Andersdenkende fördert, der zu Geschichtsfälschung und Inhumanität führt! Er dient dazu, jede Alternative zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu denunzieren und zu kriminalisieren:
- § Wir fordern das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischer Organisationen und Parteien, das Verbot jeglicher neofaschistischer, rassistischer, ausländerfeindlicher Aktivitäten und Publikationen entsprechend Artikel 139 Grundgesetz. Dafür werden wir gemeinsam mit anderen weiter kämpfen. „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!“ - diese Losung hat an Aktualität nichts verloren.
- § Wir Kommunistinnen und Kommunisten werden mit anderen aktiv, wenn es gilt, Aufmärsche der Neofaschisten zu stoppen.



21 000 überlebende Buchenwaldhäftlinge schworen nach der Selbstbefreiung und dem Eintreffen US-amerikanischer Truppen am 19. April 1945: „Wir Buchenwalder ... schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!“

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel ...“

Wir werden all unsere Kraft als Kommunistinnen und Kommunisten dafür einsetzen, dass der Schwur von Buchenwald erfüllt wird, denn mehr denn je ist heute das gemeinsame Handeln aller antifaschistischen, demokratischen und linken Kräfte gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Aufrüstung und Krieg, gegen Rassismus und Neofaschismus notwendig. Massenhafter Widerstand ist notwendig.

Wir rufen dazu auf, den 65. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus nicht der Verfälschung der Geschichte durch die Herrschenden zu überlassen.

Wir wenden uns an alle antifaschistischen, demokratischen und linken Kräfte in unserem Land mit dem Vorschlag, gemeinsam in den nächsten Monaten mit Veranstaltungen, auf Kundgebungen usw. initiativ zu werden, um den 65. Jahrestag des Kriegsendes als Tag der Befreiung Deutschlands zu begehen. Wir werden uns mit vielfältigen Aktionen der DKP in diese Aktivitäten einbringen.

Lasst uns gemeinsam auf örtlicher und überörtlicher Ebene das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands in Erinnerung bringen und die antifaschistischen Widerstandskämpfer ehren.

Nur durch gemeinsames Handeln kann der Weg zu einer anderen, friedlichen, an den sozialen Interessen der Mehrheit der Menschen orientierten Politik in Deutschland, zu einem anderen Europa und zu einer anderen, einer sozialistischen Welt geöffnet werden.

(Einstimmig beschlossen)

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. Januar 2010, Essen

Beschluss

Aufruf zur Beteiligung an den Protesten gegen den faschistischen Aufmarsch in Dresden

Am 13. 2.2010 werden sich Antifaschistinnen und Antifaschisten dem größten Naziaufmarsch Europas entgegenstellen und versuchen ihn zu verhindern. Vor einem Jahr marschierten fast 7 000 Nazis durch Dresden.

Die sächsische Justiz versucht im Vorfeld, Antifaschistinnen und Antifaschisten zu kriminalisieren. Behauptet wurde, Aufrufe zur Blockade des faschistischen Aufmarsches wären rechtswidrig. Diese Handlungsweise hat die Neofaschisten offenbar ermutigt.

Die DKP weist die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes entschieden zurück.

Wir rufen die Mitglieder der DKP auf, sich zahlreich an den Protesten in Dresden zu beteiligen und sich dem Naziaufmarsch entgegenzustellen. Naziaufmärsche zu blockieren ist unser Recht!

Unter anderem werden verschiedene Kundgebungen rund um den Hauptbahnhof Dresdens stattfinden. Angemeldet sind diese Kundgebungen von Bundestags- und Landtagsabgeordneten der SPD, Der Partei „Die Linke“ und Bündnis 90/ Die Grünen.

Organisiert die gemeinsame Anreise aus Euren Orten! Achtet auf weitere Anreiseempfehlungen und Informationen!

Parteivorstand der DKP

(Einstimmig beschlossen)

Beschluss:

Schluss mit dem Krieg! Bundeswehr raus aus Afghanistan – sofort!

Grundgesetzwidrig und gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung beteiligt sich die Bundeswehr seit Jahren am Krieg in Afghanistan. Statt wie gefordert mit dem Abzug aus Afghanistan sofort zu beginnen und den Krieg zu beenden, folgt die Bundesregierung dem absurden Plan der USA, durch Truppenaufstockung auf militärischen Sieg im völkerrechtswidrigen Krieg zu setzen.

Die Termine, um diesen kriegseskalierenden Kurs durchzusetzen, sind bekannt. Nach der Londoner Afghanistan-Konferenz am 28. Januar soll am 26. Februar der deutsche Bundestag über eine erneute Mandatsverlängerung abstimmen. Kriegverschärfung durch Truppenaufstockung ist das strategische Ziel. Gegen diesen Kurs haben Anfang Januar VertreterInnen zahlreicher Friedensorganisationen und Friedensbündnisse Widerstand in zahlreichen Regionen durch demonstrative Aktionen angekündigt. Höhepunkt der Proteste soll der 20. Februar sein, wo in Berlin gegen den Kriegskurs der Bundesregierung mit sichtbaren Aktionen gehandelt werden soll.

Der DKP-Parteivorstand begrüßt und unterstützt die Aktionsvorhaben der Friedensbewegung und fordert alle Genossinnen und Genossen auf, vor Ort und bundesweit in Berlin sich an den Aktionen zu beteiligen.

Nachdrücklich fordern wir: Schluss mit dem Krieg in Afghanistan! Keine Truppenverstärkung! Bundeswehr raus aus Afghanistan – sofort!

(Einstimmig beschlossen)

Deutsche Kommunistische Partei

- Parteivorstand -

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon 0201-17 78 89-0 - Fax 0201-17 78 89 29 - eMail: dkp.pv@t-online.de

An die
Kolleginnen und Kollegen
bei Opel Antwerpen

26. Jan. 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Parteivorstand der DKP hat mit Empörung die Absichten von GM aufgenommen, das Opel-Werk Antwerpen zu schließen.

Standorte, Arbeitsplätze, Menschen werden dem Ziel der Profitmaximierung geopfert.

Mit dem gleichen Ziel wurden bis zur Krise weltweit Überkapazitäten aufgebaut, von GM wie von allen anderen Automobilkonzernen.

Die Beseitigung dieser Überkapazitäten soll jetzt zu Lasten der Beschäftigten erfolgen: die Einen sollen ihren Arbeitsplatz verlieren, die Verbleibenden sollen durch Verzicht die Hoffnung auf den Erhalt ihres Arbeitsplatzes erkaufen.

Alle Erfahrungen zeigen: durch Schließung und Verzicht werden nur die Profite von GM gesichert, aber nicht die Arbeitsplätze.

In den vergangenen Monaten wurden durch öffentliche Gelder vorübergehend die Absatzzahlen erhöht und Kurzarbeit finanziert. Mitspracherechte bei GM haben die Länder und ihre Regierungen nicht erhalten.

Wir Kommunisten meinen: die EU-Staaten haben in Opel investiert, Opel muss in öffentliches Eigentum, unter demokratischer Kontrolle, überführt werden!

Wir wissen aber auch, dass eine ökologische, zukunftsfähige Neuausrichtung der gesamten Automobilindustrie erforderlich ist. Damit muss jetzt begonnen werden, ein „Weiter so“ nach der Krise darf es nicht geben.

Eine Sofortmaßnahme könnte eine Arbeitszeitverkürzung in der gesamten Branche, in der ganzen EU sein. Das kann nicht von der Belegschaft eines Standortes, eines Unternehmen, eines Landes alleine durchgesetzt werden. Dafür müssen die Beschäftigten der Branche mit ihren Gewerkschaften die Macht der Automobilkonzerne einschränken. Die europaweite Streikaktion am 25.1.2001 wegen der geplanten Schließung des Opel-Werks in Luton, Großbritannien, zeigt die Möglichkeit und die Chancen solcher Aktionen.

Die DKP unterstützt die Aktionen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, das Gegeneinanderausspielen der Belegschaften über Standort-, Unternehmens- und Landesgrenzen zu verhindern, durch Information der Öffentlichkeit, Teilnahme an Aktionen und Organisieren von Solidarität.

Mit solidarischen Grüßen

Heinz Stehr

- Vorsitzender der DKP -